

19.02

**Abgeordnete Ulrike Königsberger-Ludwig** (SPÖ): Herr Präsident! Geschätzter Herr Minister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzter Herr Kollege Schellhorn, ich meine, dass ein fairer Wettbewerb nicht per se unternehmerfeindlich sein muss. *(Abg. Schellhorn spricht mit Abg. Schatz.)* Leider hört er jetzt gerade nicht zu!

Herr Kollege Schellhorn, ich glaube nicht, dass ein fairer Wettbewerb per se unternehmerfeindlich sein muss. Ich meine, ein fairer Wettbewerb sorgt einfach dafür, dass man faire Arbeitsbedingungen auf der einen Seite hat und dass es auf der anderen Seite auch faire Bedingungen für Unternehmerinnen und Unternehmer gibt. Und das müsste auch im Interesse der NEOS sein, würde ich einmal meinen.

Ich finde, dass das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz, das 2011 beschlossen worden ist, als ein Vorzeigeprojekt auf europäischer Ebene bezeichnet werden kann, weil es im derzeitigen gesetzlichen Rahmen die Möglichkeit gibt, auf der einen Seite faire Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen zu gewährleisten, aber auf der anderen Seite auch dafür zu sorgen, dass es eine gerechte Entlohnung für die Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer gibt. Und das halte ich eigentlich, wie ich schon gesagt habe, für ein Vorzeigeprojekt.

Dass dieses Gesetz nicht zahnlos ist, Frau Kollegin Belakowitsch-Jenewein, habe ich auch schon im Ausschuss dargelegt, indem ich darauf hingewiesen habe, dass es in den Jahren, seit das Gesetz wirksam ist, 940 rechtsgültige Entscheidungen aufgrund von Unterentlohnung gab. Und das hat immerhin 2 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in ihrer persönlichen Situation geholfen beziehungsweise ihnen ermöglicht, zu ihrem Recht zu kommen. Das ist daher kein zahnloses, sondern ein ganz wichtiges Gesetz, würde ich behaupten, und auch ein Beitrag zur Gerechtigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ich finde auch nicht, dass dieses Gesetz, wie es die Kolleginnen und Kollegen von den NEOS sagen, ein Abschotten des Arbeitsmarktes ist. Das wollen auch wir nicht! Auch wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen den Arbeitsmarkt nicht abschotten, weil auch wir wissen, dass die Entsendung von Arbeitskräften aus Österreich hinaus für viele Unternehmerinnen und Unternehmer ein wichtiger Beitrag zu ihrer Wirtschaftskraft und ein wichtiges Element für ihre Standortsicherung ist. Daher: Kein Abschotten, aber Freizügigkeit, die auch ein Zeichen Europas beziehungsweise ein wichtiger Beitrag zur Gemeinsamkeit in der Europäischen Union ist, wo es klare Spielregeln und klare Richtlinien braucht.

Ich finde, das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz sorgt auch dafür, dass man vor allem auch die internationale Solidarität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch ein wenig stärkt.

Heute novellieren wir dieses Gesetz, wie schon erwähnt worden ist. Es wird im Bereich der Haftungen und des Strafausmaßes novelliert. Es wird auch ein Kontrollplan erarbeitet. Es wird eine internationale Zusammenarbeit zwischen den Behörden geben. Und es soll auch eine grenzüberschreitende Durchsetzung von arbeitsrechtlichen Ansprüchen geben. Es ist also ein gutes Gesetz!

Ich finde es schade, dass die Freiheitlichen diesem Gesetz nicht zustimmen. Ich kann diese Entscheidung nicht ganz nachvollziehen, und ich kann auch die Argumente, die die Frau Kollegin Belakowitsch-Jenewein hier vorgebracht hat, nicht wirklich verstehen. Denn – und ich frage Sie das ganz ehrlich, Kolleginnen und Kollegen von der Freiheitlichen Partei –: Was wäre denn die Alternative, wenn wir dieses Gesetz nicht beschließen würden? (*Abg. Peter Wurm: Ein besseres!*) Das hätte zur Folge, dass wir kein Mittel gegen Lohn- und Sozialdumping hätten. Und dann hätten wir auch kein Mittel, um für einen fairen Wettbewerb für die Unternehmerinnen und Unternehmer zu sorgen. Und dass wäre, finde ich, wenn ich es so sagen darf, verantwortungslos. (*Abg. Peter Wurm: Das war jetzt untergriffig! Da war der Muchitsch besser!*)

Verantwortungsvolle Politik ist, nicht nur einfach Probleme anzusprechen, so wie sie das immer tun, sondern die Probleme auch zu lösen, so wie es Bundesminister Stöger tut. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Neubauer: Da war der Herr Muchitsch ehrlicher!*)

19.05

**Präsident Ing. Norbert Hofer:** Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Dietrich. – Bitte.